



Rede von Herrn Bernd Lenze, Hauptgeschäftsführer
des Bayerischen Handwerkstages, anlässlich der
Mitgliederversammlung des Bayerischen Hand-
werkstages am 19. Oktober 2006 in Bayreuth

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber,
sehr geehrter Herr Präsident Traublinger,
sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren!

Die Bildungspolitik nimmt in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion immer breiteren Raum ein. Es ist vehement in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen, dass Deutschland bei der Qualifikation des Nachwuchses Nachholbedarf hat und dass der Themenkomplex „Bildung“ einen zentralen Ansatzpunkt für die Bewältigung nicht nur der wirtschaftlichen Herausforderungen darstellt, sondern darüber hinaus einen fundamentalen Baustein für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Selbstverständlich ist das Bildungswesen ein wichtiger Faktor für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Immerhin ist inzwischen die Erkenntnis durchgedrungen, dass wir besser sein müssen, wenn wir teurer sind, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es vergeht ja derzeit fast keine Woche, in der nicht irgendeine nationale oder internationale Untersuchung aufzeigt, dass es damit bei uns nicht zum Besten steht. Allerdings sollten wir diese Studien immer wieder kritisch hinterfragen. Denn oft werden Äpfel mit Birnen verglichen und vor allem unser duales System der Berufsausbildung deutlich unterschätzt.

Bildung ist unbestritten die Grundvoraussetzung für die Bewältigung der Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Aber wohl unbestritten ist auch: Das Bildungssystem muss noch viel mehr leisten! Die Ausbildung heute ist Voraussetzung dafür, das nötige Humankapital zu bilden, damit wir auch morgen in einer Zeit eines dramatischen demographischen Wandels noch auf ausreichend Fachkräfte zurückgreifen können.

Ein funktionierendes Bildungswesen ist ferner das wichtigste Instrument, um die Integration von Zuwanderern in unserer Gesellschaft zu bewältigen. In wenigen Jahren werden rund 40 % der Menschen in Großstädten einen Migrationshintergrund haben. Wir stehen hier vor einer gewaltigen Aufgabe.

Und schließlich ist Qualifikation die Voraussetzung dafür, jungen Menschen faire Chancen für die Zukunft einzuräumen. Bundespräsident Köhler hat es in seiner Berliner Rede vor wenigen Wochen unmissverständlich formuliert: „Bildungschancen sind Lebenschancen!“

Meine Damen und Herren!

Das Handwerk hat sich in der Vergangenheit diesen Herausforderungen immer verantwortungsvoll gestellt. Nach wie vor liegt die

Ausbildungsquote im bayerischen Handwerk, also der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten, über 10 %. Und immer noch bildet das Handwerk rund 34 % aller und sogar 60 % der Lehrlinge in Fertigungsberufen aus. Es bietet dabei vor allem auch Jugendlichen aus der Hauptschule eine Perspektive. Nach wie vor kommen zwei Drittel unserer Lehrlinge von der Hauptschule. Ein lernwilliger, fleißiger und interessierter Hauptschüler ist im Handwerk immer willkommen.

Im laufenden Jahr verzeichnet das bayerische Handwerk zum 30. September einen Anstieg bei den neu abgeschlossenen Lehrverträgen um 0,9 % auf 25.682. Ich denke, darauf können wir durchaus mit Stolz verweisen. Und mit 7.810 neu eingeworbenen Ausbildungsplätzen und 3.300 EQJ-Plätzen haben wir auch unsere Vorgaben aus dem Ausbildungspakt deutlich übererfüllt. Die Nachvermittlungaktionen in diesem Jahr haben bereits begonnen. Vielen jungen Menschen werden wir auch jetzt noch einen Ausbildungsplatz vermitteln können. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir auch 2006 zu einem erfolgreichen Abschluss bei den Ausbildungsstellen kommen werden. Und eines möchte ich hier sehr klar betonen: Niemand sollte sich durch die Zahlen der Bundesagentur verunsichern lassen. Diese weiß selbst am besten, dass die veröffentlichten Werte die Realität auch nicht annähernd wiedergeben!

Das Handwerk leistet seit jeher einen herausragenden Beitrag zum Funktionieren des dualen Systems der beruflichen Bildung und wir sind auch deshalb in der Vergangenheit in Deutschland immer gut mit diesem System gefahren. Gerade Staaten mit schulischen Bildungssystemen liegen bei der Jugendarbeitslosigkeit in der Regel deutlich höher. Und ich möchte an dieser Stelle allen Betrieben, die Verantwortung in der Ausbildung übernehmen und die damit für die Jugendlichen, aber auch für Wirtschaft und Gesellschaft Großartiges leisten, einmal ausdrücklich danken.

Einen weiteren Dank möchte ich stellvertretend für die Bayerische Staatsregierung Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, aussprechen, dass Sie die Bemühungen der Betriebe besonders durch die Kampagne „Fit for Work“ unterstützen. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um zusätzliche Lehrstellen bereitzustellen. Allerdings müssen wir uns doch über die bürokratische Abwicklung dieses Programms sowie über den Zeitpunkt seiner Veröffentlichung Gedanken machen. Aber unbestritten ist: Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik ist die Basis für die Lösung der Herausforderungen am Lehrstellenmarkt. Wenig hilfreich sind dagegen Vorschläge wie der des Bundesvorsitzenden der Grünen Reinhard Bütikofer, nicht ausbildende Betriebe öffentlich an den Pranger zu stellen. Ich würde gerne wis-

sen, wie ausbildungsintensiv das Büro dieses Bundesvorsitzenden und die Fraktionsgeschäftsstelle der Grünen sind!

Zweifellos kann man nicht unter den Teppich kehren, dass es im Bereich der Ausbildung auch Probleme gibt und wir dafür Lösungen finden müssen. Ein Hauptproblem ist aus unserer Sicht, dass die Bildungsqualität der Schulabgänger deutlich schlechter geworden ist. Dieses Problem ist verschärft in den Ballungsräumen spürbar, wo die Hauptschulen mit einem hohen Migrantenanteil zurecht kommen müssen. Hier besteht Handlungsbedarf, denn die Betriebe sind nicht in der Lage, die Defizite der Schule auszugleichen. An der fehlenden Ausbildungsreife scheitert häufig die Vermittlung einer Lehrstelle. So konnten im bayerischen Handwerk im vergangenen Jahr neun Prozent der angebotenen Lehrstellen nicht besetzt werden – das sind absolut 2800 Ausbildungsplätze! Ebenso konnte nicht einmal jede zweite EQJ-Stelle an einen geeigneten Bewerber vermittelt werden.

Wir hatten mit Staatsminister Schneider ein hervorragendes Gespräch. Darin wurde der Blickwinkel ganz deutlich auf die Bildungsdefizite an den Hauptschulen gerichtet. Und wir haben die klare Zusage des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, für die Ausbildungsreife aller Schulabgänger zu sorgen,

wenn die Wirtschaft im Gegenzug jedem dieser Schulabgänger eine Lehrstelle anbietet.

Natürlich ist ein Knackpunkt die Definition des Begriffs „Ausbildungsreife“. Dabei gelang es uns, eine einheitliche Definition auf der Basis des Ausbildungspaktes auf Bundesebene durchzusetzen. Der umfangreiche Kriterienkatalog entspricht - kurz zusammengefasst - genau dem, was das Handwerk schon immer gefordert hat: Lesen, Schreiben und Rechnen, weiterhin soziale Fähigkeiten wie Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit und Konfliktfähigkeit sowie schließlich die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften wie Leistungsbereitschaft, Motivation und Zielstrebigkeit.

In einem Schulversuch zur Modularisierung an 23 bayerischen Schulen sollen die genannten Grundkenntnisse verbessert werden. Kernidee ist eine verstärkte Förderung von Lesen, Schreiben und Rechnen. Nun ist es wichtig, dieses Konzept mit der verstärkten Förderung in möglichst alle Schulen zu bringen.

Aus Sicht des Handwerks müssen die Probleme im bestehenden System gelöst werden. Das duale System der beruflichen Bildung hat sich in herausragender Weise bewährt. Die Verknüpfung von theoretischem Wissen und praktischen Fertigkeiten, vor allem aber auch das Sammeln von Erfahrungen in der realen Arbeitswelt

sind das große Plus dieser Ausbildungsform. Das Handwerk wendet sich daher gegen alle Ansätze, die verstärkt auf eine Ausbildung in Schulen setzen. Ich sehe hier erhebliche Risiken für die Fachkräfteversorgung der Zukunft, da sich Schulen und Bildungsträger eher an der Nachfrage als am betrieblichen Bedarf orientieren.

Eine Systemänderung ist nicht erforderlich. Statt dessen müssen Ausbildungshemmnisse abgebaut werden. Das Handwerk wird diese Position auch deutlich im „Innovationskreis berufliche Bildung“ vertreten, der von Bundesbildungsministerin Frau Dr. Schavan ins Leben gerufen wurde, um unter anderem konkrete Handlungsoptionen zur strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung zu erarbeiten.

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren!

Um die Attraktivität der beruflichen Bildung vor allem für engagierte, lern- und aufstiegswillige Jugendliche zu erhöhen, muss diese mehr und mehr auch Sprungbrett für den Einstieg in ein Studium sein. Ich bin sehr froh, dass die Möglichkeiten mit der Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes im Freistaat nun deutlich verbessert wurden. Besonders qualifizierten Handwerksmeistern –

konkret den 20 % der Prüfungsbesten - wird ein direkter Zugang zum Fachhochschulstudium ermöglicht.

Im Entwurf befindet sich noch die Zuordnungsliste, in der festgelegt wird, welche Studiengänge welchem Meisterabschluss zugeordnet sind. Hier zeichnet sich eine erfreulich breite Zuordnung ab, mit der wir mehr als zufrieden sein können. Beispielsweise könnte dann ein in Frage kommender Feinwerkmechanikermeister 15 oder ein Elektrotechnikermeister 17 verschiedene Fachrichtungen und Betriebswirtschaft studieren.

Meine Damen und Herren,

als zweiten Themenblock meines Berichts möchte ich noch kurz auf die aktuellen Entwicklungen in der Europapolitik eingehen. Hier ist ja nach wie vor viel in Bewegung. Und mehr und mehr rücken auch Handwerk und Mittelstand in den Fokus der Europäischen Union. Im April nächsten Jahres findet eine weitere Europäische Handwerkskonferenz statt – die vierte. Da Deutschland im 1. Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft übernimmt, wurde als Konferenzort Stuttgart ausgewählt. Diese Handwerkskonferenz wird sicher der Mittelstandspolitik in Europa zusätzliche Impulse verleihen.

Allerdings ist große Aufmerksamkeit gefordert, dass in anderen Bereichen der Politik auf europäischer Ebene nicht erneut Maßnahmen zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen ergriffen werden. Dank der engagierten Interessenvertretung des Handwerks wurden am Kommissionsentwurf zur Dienstleistungsrichtlinie ja grundlegende Änderungen vorgenommen, um einen fairen Wettbewerb auch in Zukunft zu gewährleisten. Offensichtlich gibt die Kommission jedoch nicht auf, um Regelungen, die aus der Richtlinie gestrichen wurden, durch die Hintertür wieder in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament bei den Beratungen deutlich macht, was es von dieser Art des Etikettenschwindels hält und der Kommission ordentlich auf die Finger klopft.

Im Zusammenhang mit der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie ist ebenfalls noch zu klären, wer sogenannter einheitlicher Ansprechpartner für die Unternehmen aus dem Ausland, aber auch für bereits bestehende Unternehmen im Inland wird. Ich bin der Ansicht, dass die Handwerkskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts hier die geeigneten Institutionen sind. Dabei wollen wir natürlich auch gerne auf den Sachverstand der Verbände zurückgreifen. Ich halte es für richtig, ein einheitliches Angebot zur Einrichtung dieser One-Stop-Shops bei allen deutschen Handwerkskammern zu machen. In Bayern können die Hand-

werkskammern mit den im Rahmen der High-Tech-Offensive Bayern entwickelten Online-Anwendungen bereits sehr gute Voraussetzungen bieten. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, die Handwerkskammern hier weiter zu unterstützen.

Eine wichtige Verbesserung für das Handwerk konnten wir außerdem im Zusammenhang mit der Neuregelung der sogenannten De-Minimis-Beihilfen erzielen. Dies sind Beihilfen, die so niedrig sind, dass sie als geringfügig anzusehen sind. Sie sind dann von der Anwendung der Wettbewerbsregeln ausgenommen. Der Verordnungsentwurf der Kommission sah zwar eine Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze auf 200.000 Euro vor, was wir begrüßen. Allerdings hätten die Regelungen im Wesentlichen nur noch auf Beihilfen in Form von Zuschüssen Anwendung gefunden. Aus Sicht des Handwerks ist aber die Förderung in Form von öffentlichen Darlehen und Bürgschaften viel wichtiger. Wir haben uns hier unter anderem an EU-Kommissar Verheugen und die bayerischen Europaabgeordneten gewandt, um auf die Bedeutung dieser Fördermaßnahmen für das Handwerk hinzuweisen.

Inzwischen liegt der geänderte Verordnungsentwurf vor. Danach werden Bürgschaften ebenfalls als De-Minimis-Beihilfen behandelt, wenn die zugrunde liegenden Darlehen 1,7 Mio. Euro nicht überschreiten. Damit wurde ein wichtiger Schritt nach vorne ge-

macht. Allerdings sind weitere Verbesserungen erforderlich. Unter anderem ist notwendig, dass sich die Regelung auf die Höhe der Bürgschaftssumme und nicht des Darlehens bezieht, da sonst bei einer geringen Bürgschaftsquote mit einem entsprechend höheren Risikoanteil der Hausbank höhere Darlehen nicht mehr unter die De-Minimis-Regelung fallen. Wir bleiben hier weiter am Ball!

Ganz neu ist eine Forderung des Europäischen Parlaments, den Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit gänzlich vom EU-Vergaberecht auszunehmen. Wir müssen diesen Beschluss noch näher analysieren. Aber klar ist: Dies darf keine komplette Aushebelung der Vergabebestimmungen durch die Hintertür bedeuten!

Die gezielte Förderung kleiner und mittlerer Betriebe des Handwerks ist ein zentraler Ansatz, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen. Gerade durch die enge Verwurzelung des Mittelstandes in der Gesellschaft, erfüllt dieser vielfältige unverzichtbare Funktionen für unser Gemeinwesen. Die Bayerische Staatsregierung setzt ja bereits seit vielen Jahren auf das Zugpferd „Mittelstand“. Dies ist auch ein Grund für die gute wirtschaftliche Performance des Freistaats.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, das Handwerk auch zukünftig in die Förderung einzubeziehen, wo dies

möglich und sinnvoll ist. Ich denke vor allem an die angemessene Berücksichtigung des Handwerks bei der Entwicklung des ländlichen Raumes. Hier muss bei der Umsetzung des Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) das Handwerk deutlich stärker einbezogen werden. Ferner bitte ich Sie um eine möglichst breite Einbindung unserer Unternehmen in die Cluster-Strategie der Staatsregierung. Das Handwerk mit seiner vielfältigen Struktur kann in vielen Bereichen zum Erfolg des Wirtschaftsstandortes Bayern beitragen. Das große Potential, das unser Wirtschaftsbe- reich bietet und das aus meiner Sicht noch nicht voll zur Entfal- tung gebracht ist, muss durch eine intensive Berücksichtigung in der Zukunftsstrategie der Staatsregierung genutzt werden.

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren!

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Sätze zum Reizthe- ma der vergangenen Monat, nämlich zur Rundfunkgebührenpflicht von internetfähigen PC sagen. Dies ist ja auch Gegenstand der aktuell stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz. Der ent- scheidende Punkt für uns dabei ist, dass keine zusätzlichen Kos- ten für kleine und mittlere Unternehmen entstehen. Durch den von den Rundfunkanstalten angebotenen Kompromiss wären Mehrbe- lastungen der Betriebe die absolute Ausnahme. Er wäre aus mei-

ner Sicht als Übergangsregelung akzeptabel. Letztendlich muss aber angesichts der technischen Entwicklung über eine grundlegende Reform des Gebührenrechts nachgedacht werden.

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren!

Ich bin der Ansicht, der Bayerische Handwerkstag hat in den vergangenen 12 Monaten sowohl in der Interessenvertretung nach außen als auch bei der Reform der Strukturen nach innen vieles bewegt. Für die Unterstützung bei unserer Arbeit möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Das ganze Spektrum unserer Arbeit finden Sie detailliert in unserem Geschäftsbericht für 2005 und das 1. Halbjahr 2006. Ich bitte Sie, auch in den kommenden Monaten gemeinsam mit uns an einem Strang zu ziehen, um das Handwerk in Bayern zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und ihre Zukunft zu sichern.